



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

12. Ratssitzung vom 26. August 2026

534. 2026/85

Postulat von Johann Widmer (SVP), Samuel Balsiger (SVP) und Derek Richter (SVP) vom 25.02.2026:

Konsequente Bekämpfung von illegalen Schmierereien in Form von Graffiti, Tagging und Farbbeutelattacken sowie Parolen-Aufklebern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Johann Widmer (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5869/2026): *Illegale Schmierereien, die damit verbundenen Schäden in der Stadt und die Verwahrlosung, die sichtbar zunimmt, haben wir schon einige Male diskutiert. Wir tun dies erneut, weil zu wenig gemacht wird. Mein Mail-Postfach ist mit Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern vor allem aus dem Kreis 10 gefüllt, die sich über Vandalismus, Sachbeschädigungen und die schleichende Gettoisierung empören. Das passiert sogar in den Ausenquartieren, die bisher einigermaßen verschont blieben. Im Jahr 2023 hat der Stadtrat 9 Millionen Franken für die Entfernung von Graffiti an städtischen Gebäuden auf öffentlichem Grund ausgegeben. Die Aufklärungsquote liegt bei lächerlichen 10–12 Prozent. Das ist eine Bankrotterklärung. Bei früheren Vorstössen war der Stadtrat bereit, das Problem ernsthaft zu prüfen. Verhindert hat es höchstens die links-grüne Ratsmehrheit. Ich weiss nicht, was euch an diesen Schmierereien so gefällt. Man ist sogar frech genug, uns immer noch weismachen zu wollen, die bestehenden Instrumente würden genügen. Wir sollen also weiterhin Jahr für Jahr Millionen an Steuergeldern für die Reinigung verschwenden und sonst nichts tun. Die Verhältnisse in Zürich gleichen mittlerweile jenen der Bronx in den 1980er-Jahren. Seit Jahren bringt ihr dieselben Ausreden. Mehr Repression würde Geld kosten und mehr Polizei benötigen. Nichts tun kostet auch und zwar mehrere Millionen Franken jedes Jahr. Die Privaten sind da noch gar nicht eingerechnet. Der Bürger muss jeden Morgen auf dem Weg zur Arbeit eine neu verunstaltete Fassade anblicken, wohlwissend, dass er die Reinigungskosten trägt. Ihr behauptet, das Reinigen der Fassade bringe nichts, weil sowieso alles wieder beschmiert werde. Fragt bei Reinigungsfirmen nach: Es nützt, wenn man gründlich putzt. Die Hemmschwelle, auf einen frisch geputzten Boden zu machen, ist grösser, als wenn schon ein Haufen Fäkalien auf dem Boden liegt. Auch Prävention lehnt ihr ab. In diesem Bereich habt ihr die bequemste aller Ausreden. Ihr sagt, man sollte einfach mehr Sprayflächen legalisieren. Nicht einmal am Letten, wo man an der Mauer sprayen darf, die eigentlich vielen Eidechsen eine Heimat ist, beschränken sich eure Sprayerkollegen auf diese Fläche. Sie malen auch die*



Steine an, sodass die Flora und Fauna dauerhaft geschädigt werden. Zuletzt findet ihr, Graffiti und Schmierereien seien Kunst und Streetart. Ich weiss nicht, was euch da geritten hat. Das sind nichts anderes als Kriminelle und Farbdosenfetischisten, die meinen, sie könnten ihr Unwesen in der Stadt treiben und Sachbeschädigung begehen, während die Steuerzahler für alles aufkommen. Wir haben dieses Postulat eingereicht, damit man diesen Jungs und Mädchen mit Spraydosen effizienter das Handwerk legen kann.

Moritz Bögli (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 11. März 2026 gestellten Ablehnungsantrag: Ich weiss ehrlich gesagt nicht, ob die SVP ihren Vorstoss ernst meint. Es ist etwas sinnlos, das so gross aufzuziehen. Man kann feststellen, dass das Thema Graffiti von rechts zu einem beliebten politischen Thema gemacht wurde, mit dem immerzu gefordert werden kann, dass man nun endlich durchgreifen müsse. Egal, ob die Stadt oder der FCZ zur Kasse gebeten werden sollen, alle paar Monate werden neue Vorstösse geliefert, die nicht viel Neues zur Debatte beitragen. Jetzt hat die SVP sogar angeblich neutrale Umfragen gemacht. Die Quartiervereine fänden die Graffiti ganz schlimm. Ich habe mir das angeschaut und finde es spannend, dass die Umfrage über eine Webseite durchgeführt wurde, die nun auf ein Wahlplakat der SVP weiterleitet. So stellt man sich eine neutrale Umfrage vor: Vier Herren von der SVP befragen die Leute und schimpfen es dann Volkswillen. Die SVP nutzt normalerweise jede Möglichkeit, den gesetzlichen Auftrag der vier Säulen im Betäubungsmittelgesetz abzulehnen und zu verhindern. Plötzlich scheint sie doch Gefallen an diesem Modell zu finden. Ich warte schon auf den Vorstoss, der Therapie für Sprayer*innen fordert. Die anderen drei Säulen habt ihr mit euren Vorstellungen eigentlich schon abgedeckt. Ich sehe wirklich nicht, was der Mehrwert dieses Vorstosses sein soll. Die Partei, die am liebsten jegliche staatliche Unterstützung streichen will, will hier einen riesigen Staatsapparat schaffen, um ein paar ihr wohlgesinnte Hausbesitzer*innen mit Steuergeldern unter die Arme zu greifen. Der Vorstoss ist reine Polemik, das ist des Rats nicht würdig.

Weitere Wortmeldungen:

Jane Bailey (SVP): Man kann es relativieren, wie man will: Das heutige System hat einen zuverlässigen Ablauf, bei dem der Steuerzahler der Idiot ist. Fakt ist, wer ohne Einverständnis des Eigentümers Fremdes beschmiert, seine politische Ideologie oder Parolen auf fremde Wände sprüht, betreibt keine Kunst, sondern asozialen Vandalismus. Wer legal aufgehängte Plakate übersprüht, nur weil er eine andere politische Meinung nicht erträgt, ist kein Künstler, sondern laut Artikel 144 des Strafgesetzbuchs ein krimineller Vandal und ein antidemokratischer Diktator. Sachbeschädigung bleibt Sachbeschädigung. Es werden Milliarden an Steuergeldern für die Aufwertung dieser Stadt verprasst und gleichzeitig den Anwohnern das Versiffen der Quartiere als urbanes Lebensgefühl verkauft. Das ist keine Lebensqualität, das ist absolute Kapitulation. Die Stadt hat ihr Vandalismusproblem nicht im Griff. Denkt hier eigentlich irgendjemand an unsere Kinder, die in diesem Ghetto genannt Stadt Zürich aufwachsen müssen, die jeden Morgen an besudelten Wänden, illegalen Tags, Parolen und Dreck vorbeigehen müssen? Dieser unhaltbare Zustand wird absichtlich normalisiert. Eine der angeblich reichsten und lebens-



wertesten Städte der Welt erzieht ihre Kinder aktiv dazu, dass das Beschmieren und Zerstören von fremdem Eigentum dazugehört, frei nach dem Motto: Kriminalität ist ein Teil vom Stadtleben. Wir brauchen keine weiteren Konzepte, Ausreden und Alibi-Sprayflächen. Wir brauchen Konsequenzen: Täter ermitteln, konsequent zur Rechenschaft ziehen und Schäden verrechnen. Wer grassierenden Vandalismus weiterhin schönredet, macht sich politisch zum Schutzpatron der Verwahrlosung. Sie können heute reagieren.

Sven Sobernheim (GLP): Ich bin froh, dass es im zweiten Votum der SVP wenigstens um Graffiti und Plakate ging und nicht um Fäkalien, was im Vorstoss gar nicht vorkommt. Die Stadtpolizei Winterthur kennt eine Stelle, die genau das umsetzt, was die SVP fordert. Ich habe mich die letzten Wochen in Winterthur bewegt. Auch dort hat es Kleber und Sprayereien. Mit dieser Stelle wird es also nicht gelöst. Interessant an dem Vorstoss finde ich, dass man neue Stellen bei der Stadt schaffen soll, aber nicht auf Kosten der Allgemeinheit oder der Grundeigentümer, sondern auf Kosten der Verursacher. Das heisst, wenn man zwei oder drei pro Jahr erwischt, müssen die wenigen Nasen den zweistelligen Millionenbetrag bezahlen, den das ganze System kostet. Ich glaube nicht, dass unser Rechtsstaat so funktioniert. Zum Glück. Wir verstehen den Frust, der im Postulat mitschwingt, aber nach der heutigen Debatte sind wir froh, dass wir Nein sagen.

Christian Häberli (AL): Ich halte es mit Chris von Rohr: Mehr Dreck.

Sophie Blaser (AL): Beim Votum von Jane Bailey (SVP) ist mir die Band Tocotronic in den Sinn gekommen: «Wenn du kurz davor bist, kurz vor dem Fall; und wenn du denkst fuck it all; und wenn du nicht weisst, wie soll es weitergehen: Kapitulation». Es gibt eine Partei im Rat, die eine Kampagne mit illegal angebrachten Klebern im Graffitistil gemacht und sich heute noch gar nicht zum Thema geäussert hat. Die Partei dachte, sie könnte damit die Abstimmung über die Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) gewinnen. Ich spreche von «Free Züri». Es hat auch etwas von Kapitulation, dass sie diese Strategie wieder aufgegeben hat. Ich frage mich, was die FDP zu diesen Klebern sagt. Vielleicht will sie das Stickern für alle verbieten, weil es für sie nicht aufgegangen ist?

Stefan Urech (SVP): Es liegt auf der Hand, wieso die linke Ratsseite sich über das Thema lustig macht und es mit einem süffisanten Lächeln nimmt. Die Sprayereien kommen zu 90 Prozent von links-aussen. Sie sind anti-Polizei, anti-Kapitalismus, anti-Israel, pro-Kommunismus und pro-FCZ. Das ist alles, was Sie schön und gut finden. Stellen Sie sich vor, es gäbe Sprayereien vom anderen Rand mit rassistischen oder ähnlichen Inhalten. Das würden Sie nicht auf die leichte Schulter nehmen. Aber weil es in Ihr Weltbild passt, dass 90 Prozent der Sprayereien aus diesem Lager kommen, ist alles in Ordnung.

Yves Henz (Grüne): Die Debatte hat erneut gezeigt, dass der einzige Dreck in dieser Stadt die rechte Politik ist. Ich greife niemanden persönlich an, aber die unmenschliche Politik von rechts kann man nicht anders bezeichnen. Hinzu kommt, dass man viel mehr rassistische Propaganda der SVP in Briefkästen und an Werbeplakaten sieht, als es Sprayereien an Wänden gibt. Ihr dürft eure rassistische Propaganda überall verbreiten,



4 / 4

weil ihr von Milliardären gesponsert werdet. Aber wenn andere Menschen bspw. auf einer Wand ihren Ideen Ausdruck verleihen, bezeichnet ihr sie als Terroristen, Dreck und weiteres. Ich hoffe, dass wir keine weiteren KI-generierten AfD-Voten im Rat hören.

Moritz Bögli (AL): *Die Debatte ist in verschiedener Hinsicht entgleist. Die Zwischenrufe der SVP finde ich höchst problematisch. Ich erinnere die SVP daran, dass sie wegen ihrer Plakate mit der Aufschrift «Kosovaren schlitzten Schweizer auf» rechtskräftig für rassistische Diskriminierung verurteilt wurde. Es ist berechtigt, dass Yves Henz (Grüne) darauf hinweist, dass die SVP im öffentlichen Raum rassistische Slogans verbreitet. Es gibt einen Unterschied, Stefan Urech (SVP), zwischen einem Graffiti, das diskriminierend ist, und einem, das nicht diskriminierend ist. Die Stadt geht je nach Fall anders vor. Das ist richtig, weil auch der Inhalt von Graffiti Strafnormen verletzen kann. Für uns ist aber nicht ersichtlich, weshalb Privaten für ein Problem unter die Arme gegriffen werden soll, das über den straf- und zivilrechtlichen Weg gelöst werden kann. Wir lehnen das Postulat ab: Die Kosten wären enorm und Graffiti würden dadurch nicht verschwinden.*

Martina Zürcher (FDP): *Wir haben schon einmal ein SVP-Postulat mit KI in SP-Sprache umformuliert. Das kann ich gern wieder tun, vielleicht können Sie sich dann besser damit anfreunden. Die Problematik ist echt. Ich bin wie Johann Widmer (SVP) Vertreterin des Kreis 10. Man hört im Quartier oft, nicht nur von SVP-Wählerinnen und -wählern, dass es sehr viele Graffiti und Schmierereien hat. Das Problem ist ja eigentlich, dass man die Taten nur ahnden kann, wenn jemand auf frischer Tat ertappt wird, weil es nicht verboten ist, mit der Spraydose im Rucksack herumzulaufen. Hier darum der Aufruf an alle: Wenn man etwas sieht, sofort die Nummer 117 anrufen, dann werden vielleicht auch das ein oder andere Mal welche erwischt und zur Rechenschaft gezogen. Es gäbe noch mehr Massnahmen. Wenn man das Postulat neutral anschaut, kann man ihm gut zustimmen.*

Das Postulat wird mit 41 gegen 72 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat